

Arbeiter und Demokratiegründung in Westdeutschland nach 1945 Das Beispiel der kommunistischen Bewegung

Till Kössler

1. Arbeiter, Kommunisten und bundesdeutsche Geschichte

Im Vorfeld der Betriebsratswahlen 1963 erstellte der Parteivorstand der SPD eine Wahlkampfbroschüre mit dem Titel „Der richtige Mann am richtigen Platz“. Die reich illustrierte Druckschrift sollte durch einen historischen Überblick zu den Leistungen der Arbeiterbewegung für eine starke Beteiligung an den Wahlen werben. Der Aufbau des Heftes, das sozialdemokratische Gewerkschafter bundesweit in den Betrieben verteilten, war einfach. Den Errungenschaften gewerkschaftlicher Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Verhältnisse „vor 50 Jahren“ gegenübergestellt, in denen „die Macht des Fabrikanten absolut war“ und der Arbeiter angesichts betrieblicher Missstände „nur ohnmächtig die Faust in der Tasche ballen konnte“. Während diese Beschreibung historischen Wandels zum Standardrepertoire gewerkschaftlicher Rhetorik gehörte, überrascht im Rückblick der enge Bezug, der im Text zwischen betrieblicher und bundesdeutscher Ordnung hergestellt wird: Die Arbeiter „werden anerkannt und ihr Wort wird gehört. Im Direktionsbüro – und in Bonn, wo so vieles beschlossen wird, was jeden einzelnen angeht. Der Arbeitsplatz ist ihr Arbeitsplatz geworden und der Staat ihr Staat“.¹ Die betriebliche Einbindung erscheint als wesentlicher Bestandteil einer umfassenderen Integration der Arbeiterschaft in das politische System der Bundesrepublik. Allerdings deutet die ausführliche Thematisierung dieses Zusammenhanges auch darauf hin, dass diese doppelte Integration als Ereignis der jüngsten Vergangenheit noch als instabil angesehen wurde.

Der optimistische Grundton kennzeichnet die Broschüre heute als historisch. Mit dem „rheinischen“ Kapitalismus ist in den vergangenen Jahren auch das bundesdeutsche Modell der Sozialpartnerschaft, das den Kontext der Wahlwerbung bildet, in die Krise geraten.² Vielen Kommentatoren erscheint die weitgehende Institutionalisierung industrieller Konfliktaustragung durch die Interessenverbände nicht mehr als stabilisierendes Fundament des bundes-

¹ Broschüre: Der richtige Mann am richtigen Platz, o.D. (Anfang 1963), Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), RW 164/12.

deutschen Staates, sondern als historische Bürde, welche eine notwendige Anpassung an eine gewandelte wirtschaftliche Lage zu verhindern droht. Tatsächlich beobachten Industriesoziologen seit einigen Jahren Tendenzen einer Dezentralisierung des industriellen Interessenausgleichs, einen Bedeutungszuwachs der betrieblichen Handlungsebene und einen Einflussverlust der Einheitsgewerkschaften.³ Die Krise der Arbeitsgesellschaft ruft zugleich neue Ängste vor einer Zunahme sozialer Konflikte und einer gesellschaftlichen Destabilisierung hervor.

In diesem Kontext findet die Geschichte der Arbeitsbeziehungen und der Arbeiterschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik, die sich seit einigen Jahren im Windschatten historischer Forschung befindet, erneut Interesse. Die Integration der Arbeiterschaft in die bundesdeutsche Ordnung, oftmals als gleichsam naturwüchsiger Vorgang angesehen, erscheint auf neue Weise erklärungsbedürftig. Wie vollzog sich die betriebliche und politische Einbindung der Industriearbeiterschaft nach Nationalsozialismus und Krieg im Prozess der inneren Staatsgründung? Welche Rolle spielte die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz mit dem „Arbeiterstaat“ DDR in diesem Zusammenhang? In welcher Beziehung standen die Eingliederung der Arbeiterschaft und die Herausbildung der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft? Wodurch erklärt sich die im westeuropäischen Vergleich äußerst niedrige Zahl an Arbeitskämpfen in der Bundesrepublik?

Die Arbeitergeschichte (als Teil der Sozialgeschichte) und die Wirtschaftsgeschichte haben die Etablierung einer neuen Ordnung der industriellen Beziehungen bisher kaum mit der Frage der politischen Integration der Arbeiterschaft verknüpft. Im Mittelpunkt des Interesses standen lange Zeit, in Auseinandersetzung mit der These einer „verhinderten Neuordnung“, die Chancen und Erfolge gewerkschaftlicher Politik im neuen Staat, wobei der Blick zumeist auf die Verbändeebene, auf die Interaktionen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und politischen Parteien konzentriert war.⁴ Einen

² Eine historische Einordnung dieses Modells liefert Werner Plumpe, *Industrielle Beziehungen*, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina (Hg.), *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, München 1996, S. 389-419.

³ Vgl. etwa Klaus Dörre, *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Eine Studie aus dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SO-FI)*, Opladen 2002, bes. S. 16-20; Walther Müller Jentsch, Preface, in: ders./Hansjörg Weitbrecht (Hg.), *The changing contours of German industrial relations*, München 2003, S. 11f.; Otto Jacobi, *Renewal of the Collective Bargaining System?*, in: ebd., S. 15-38, hier S. 15f.; Jörg Abel/Hans Joachim Sperling (Hg.), *Umbrüche und Kontinuitäten. Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen (Walther Müller-Jentsch zum 65. Geburtstag)*, München 2001.

⁴ Vgl. als neueren Forschungsüberblick Diethelm Prowe, *Ordnungsmacht und Mitbestimmung. The Postwar Labor Unions and the Politics of Reconstruction*, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York 1998, S. 397-420.

wichtigen Neuansatz der Arbeitergeschichte stellen demgegenüber seit einigen Jahren Mikrostudien zu betrieblichen Arbeitermilieus dar, welche die Betriebe als soziale Handlungsräume ernstnehmen und den Wandel der betrieblichen Arbeitsbeziehungen mit allgemeinen Wandlungsprozessen der bundesdeutschen Gesellschaft verbinden. Sie veranschaulichen die Eigendynamik betrieblichen Handelns jenseits der Verbandspolitik und weisen auf vielfältige Transformationsprozesse der betrieblichen Milieus in den Nachkriegsjahrzehnten hin, die mit der einfachen These einer Erosion traditioneller Arbeitermilieus nur unzureichend beschrieben werden.⁵ Die Frage der Demokratiegründung steht allerdings nicht im Mittelpunkt des Interesses. Umgekehrt haben neuere Forschungen zur Nachgeschichte des „Dritten Reiches“ und zur Durchsetzung der demokratischen Ordnung die Arbeiterschaft bisher weitgehend ignoriert. Die demokratische Orientierung der westdeutschen Arbeiterschaft nach dem Kriegsende wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Die demokratiestützende Rolle der SPD – als des wichtigsten politischen Interessenvertreters der abhängig Beschäftigten – scheint nähere Untersuchungen überflüssig zu machen.⁶ Allein im Rahmen der „Westernisierungs“-Forschung ist der Aufnahme westlich-demokratischer Konzeptionen in Sozialdemokratie und Gewerkschaften Aufmerksamkeit geschenkt und die Bedeutung der Exilerfahrungen in Großbritannien und den USA für einen konzeptionellen und mentalen Wandel sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Eliten betont worden.⁷ Allerdings beschränken sich die Forschungen bislang auf eine kleine Gruppe von Spitzenfunktionären, während die Arbeiterschaft im weiteren Sinne nicht in Erscheinung tritt. Es wird implizit angenommen, dass die neuen westlich-liberalen Vorstellungen sich allmählich von den Verbandsspitzen in die Mitgliedschaften und Betriebe ausbreiteten.

Im zeithistorischen Kontext erschien eine Zustimmung der Arbeiterschaft zur Bundesrepublik jedoch keineswegs als sicher. Zum einen waren die Erfahrungen der breiten Zustimmung zum Nationalsozialismus noch sehr präsent.

⁵ Vorbildlich in dieser Hinsicht ist die ausgezeichnete Studie von Dietmar Süß, *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976*, München 2003. Siehe auch Karl Lauschke, *Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966*, Essen 2000; Peter Alheit u.a., *Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus, Bd. 1: Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen*, Bremen 1999. Zur älteren Betriebsforschung: Karl Lauschke, „In die Hände spucken und ran!“ Arbeiterschaft und Betriebsräte während der Nachkriegsjahre. Zugleich ein Literaturbericht, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 19 (1990), S. 313–338.

⁶ Siehe als wichtige neuere Studie exemplarisch Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004.

⁷ Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.

Zum anderen bildete sich mit der DDR ein konkurrierender Staat heraus, welcher der Arbeiterschaft als sozialer Gruppe eine gesellschaftliche, politische und öffentliche Vorrangstellung einräumte und mit erheblichem materiellem und personellem Aufwand die Arbeiter in Westdeutschland umwarb.⁸ Die folgenden Ausführungen richten den Blick auf den habituellen und mentalen Wandel der Arbeiterschaft vom Nationalsozialismus in die Bundesrepublik sowie auf die institutionellen Konsequenzen dieses Wandels. Die Interaktionen in den Betrieben und Gewerkschaften nach 1945 können nur unzureichend verstanden werden, wenn man die Frage der bundesdeutschen Demokratiegründung außer Acht lässt. Das Augenmerk richtet sich auf die Entfaltung der bundesdeutschen Ordnung in den Betrieben, die eng mit der Frage der Integration der postfaschistischen Arbeiterschaft verbunden war. Der beobachtbare Wandel kann pointiert als „Bundesrepublikanisierung“ der westdeutschen Arbeiterschaft bezeichnet werden.

Die Transformationsprozesse werden im Folgenden anhand einer auf das Ruhrgebiet konzentrierten Fallstudie zur kommunistischen Bewegung skizziert. Die Entwicklung des westdeutschen Kommunismus, in den Nachkriegsjahren ein wichtiger Akteur auf dem Feld der industriellen Beziehungen, stellt einen besonders guten Indikator für die Ausformung der bundesdeutschen Ordnung dar, gehörten die Kommunisten als Repräsentanten der DDR im Westen doch zu den schärfsten Kritikern der Bundesrepublik. Ihre Mobilisierungsfähigkeit und ihre Rolle in der Ausformung der Arbeitsbeziehungen können ein besonderes Schlaglicht auf die gesellschaftliche Etablierung der Demokratie in der Bundesrepublik werfen.⁹

Das Ruhrgebiet nahm als wichtigste Industrieregion Deutschlands eine herausgehobene Rolle bei der Integration der Arbeiterschaft in den neuen Staat ein. Die Region lässt sich als „Modellfall für Probleme der Neuordnung“ verstehen, in dem unter den Augen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit die Konturen der politischen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik ausgehandelt wurden.¹⁰ Nicht nur der wirtschaftliche Wiederaufbau, sondern auch die politische Stabilität des neuen Staats hing nach Meinung vieler zeitgenössischer Beobachter wesentlich von der politischen und sozialen Konsolidierung im Ruhrgebiet ab. Dementsprechend aufmerksam verfolgten

⁸ Vgl. exemplarisch zu den verbreiteten Befürchtungen die Analyse eines britischen Nachrichtenspezialisten: Bericht J.T. Jackson, Public Safety Department Essen, 2.8.1950, Public Record Office, Kew (PRO), FO 1013/2068.

⁹ Vgl. Till Kössler, *Abschied von der Revolution. Kommunismus und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968*, Düsseldorf 2005; Patrick Major, *Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany*, London 1997.

¹⁰ Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 4. Aufl. Bonn 1986, S. 110. Zur Vorreiterrolle des Ruhrgebiets für die Herausbildung der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft siehe Walther Müller-Jentsch, Re-assessing Co-determination, in: ders./Weitbrecht, *The changing contours* (Anm. 3), S. 39–56, hier S. 42.

die politischen Akteure die Geschehnisse in der Region; das Ruhrgebiet stand im Mittelpunkt sowohl kommunistischer Hoffnungen als auch antikommunistischer Ängste. Es wies einige wichtige Besonderheiten auf, die es deutlich von anderen Regionen unterschieden. Dazu gehört in erster Linie die schwerindustrielle Prägung, die mit einer langen Geschichte von zäh geführten Arbeitskonflikten einherging. Der Wandel der Arbeitsbeziehungen war hier besonders augenfällig.¹¹ Allerdings dürfen die Besonderheiten nicht überbetont werden. Das Ruhrgebiet war auf vielfältige Weise in überregionale Entwicklungen eingebunden, und wesentliche Konfliktdimensionen in der Neuordnung der industriellen Beziehungen bestanden ebenso in anderen Industrieregionen.¹² Dennoch muss betont werden, dass im Folgenden ein besonderer Entwicklungspfad unter vielen betrachtet wird. Zunächst werden die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf Mentalität und Handeln der Arbeiter beschrieben (2.) sowie die widersprüchliche Rolle der KPD als Vertreterin wichtiger Teile der postfaschistischen Arbeiterschaft (3.). Im Anschluss wird die Politisierung der betrieblichen Handlungsebene im Kontext des Kalten Krieges erörtert (4.), bevor Tendenzen einer Entradikalisierung der Kommunisten sowie Facetten der betrieblichen und gewerkschaftlichen Einbindung der Arbeiter diskutiert werden (5.).

2. Postfaschistische Arbeiterschaft und das Problem gewerkschaftlicher Integration

Die Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeitsbeziehungen nach 1945 stand im Schatten von Nationalsozialismus und Krieg. Im Kontrast zu älteren Vorstellungen einer verbreiteten Verweigerung der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus hat die jüngere Forschung zeigen können, dass bei Kriegsende nur eine Minderheit der Arbeiter demokratische Überzeugungen im westlich-liberalen Sinne vertrat. Es war den Nationalsozialisten in hohem Maße gelungen, die Mehrheit der Arbeiter nicht nur materiell, sondern gerade auch ideell in ihr Regime einzubinden.¹³ Der Nationalsozialismus hatte bedeutende habituelle und mentale Spuren in der Arbeiterschaft hinterlassen. In unserem Zusammenhang sind vor allem zwei Folgewirkungen zu nennen, die eine oft übersehene Ausgangslage der betrieblichen und gewerkschaftlichen

¹¹ Ebd. Zur Weimarer Zeit vgl. Werner Plumpe, *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik: Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie*, München 1999.

¹² Die Auseinandersetzungen in süddeutschen Industrieregionen, aber auch in der norddeutschen Wertindustrie waren z.B. den Konflikten im Ruhrgebiet sehr ähnlich. Vgl. Christian Peters, „Glücklicherweise bilden wir eine Ausnahme“. *Mannheim in den fünfziger Jahren*, Stuttgart 2002, S. 208-255; Süß, *Kumpel und Genossen* (Anm. 5), S. 97-106; Alheit u.a., *Gebrochene Modernisierung* (Anm. 5), S. 231-253.

Interaktionen bildeten. Erstens lässt sich 1945 eine Entfremdung eines Großteils der Arbeiterschaft von gewerkschaftlicher Interessenvertretung feststellen. Die Zusammensetzung der Belegschaften der Industriebetriebe hatte sich durch Kriegsverluste und den Zustrom industriefremder Arbeitergruppen in den ersten Nachkriegsjahren sehr weitgehend verändert. Kriegsheimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene aus zumeist ländlichen Regionen drängten in die Betriebe, die in Zeiten allgemeinen Mangels eine halbwegs sichere materielle Versorgung versprachen und bald wieder Arbeitskräfte nachfragten. Die alten Stammbeschaften befanden sich bald in der Minderheit.¹⁴

Doch nicht nur die neuen Arbeitergruppen, sondern auch die meisten bereits vor Kriegsende in der Industrie beschäftigten Arbeiter besaßen kaum Erfahrung mit der Funktionsweise freier Gewerkschaften bzw. waren in den langen Jahren nationalsozialistischer Herrschaft repräsentativer gewerkschaftlicher Interessenvertretung entwöhnt worden. Unter den Bedingungen des NS-Staats und besonders im Zweiten Weltkrieg hatte sich vielmehr ein Konfliktverhalten als einzig erfolgversprechend etabliert, das individualistisch, spontan und auf das Erreichen kurzfristiger Ziele ausgerichtet war.¹⁵ Die betriebszentrierte, gewerkschaftsdistanzierte Haltung großer Teile der Arbeiterschaft wurde in den Nachkriegsjahren durch die besondere Rolle der Betriebe als Lebens- und Versorgungsmittelpunkt zunächst weiter gefördert, während die Gewerkschaften angesichts eingefrorener Löhne kaum Möglichkeiten hatten, ihre Bedeutung für den einzelnen Arbeiter unter Beweis zu stellen.¹⁶ Schließlich trugen auch die Interessen vieler Neuarbeiter zu einem Weiterwirken betriebszentrierter Einstellungen bei. Sie betrachteten eine Beschäftigung in der Industrie als eine biographische Übergangsphase, was ihr Interesse an einer langfristig ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit deutlich minderte.

¹³ Siehe etwa Alf Lütcke, *Wo blieb die „rote Glut“? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus*, in: ders. (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a.M. 1989, S. 224-282; Bernd Stöver, *Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte*, Düsseldorf 1993, v.a. S. 337-346. Die Gewerkschaftsführungen sparten diesen Umstand in ihrer Traditionsbildung nach 1945 bewusst aus: Thomas Köcher, *„Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!“? Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den 50er und 60er Jahren*, Münster 2004, bes. S. 187ff.

¹⁴ Siehe als Beispiele Lauschke, *Die Hoesch-Arbeiter* (Anm. 5), S. 79, S. 131; Paul Erker, *Die Arbeiter bei MAN 1945–1950*, in: Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 546-572, hier S. 554.

¹⁵ Vgl. Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939*, Bonn 1999, S. 760; Wolfgang Franz Werner, *„Bleib übrig!“ Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft*, Düsseldorf 1983, S. 360-363.

¹⁶ Michael Fichter, *Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität*, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, S. 469-549.

Parallel zur Desorganisation überbetrieblicher Interessenvertretung hatten jedoch, zweitens, die symbolische Aufwertung manueller Arbeit unter Hitler sowie die Kriegspropaganda bei vielen Arbeitern Erwartungen einer deutlichen Verbesserung ihres gesellschaftlichen Ansehens und ihrer materiellen Lage geweckt. Diese Erwartungen waren bei Kriegsende äußerst virulent und äußerten sich in einer heftigen Kritik an den betrieblichen Machtverhältnissen und Umgangsformen. Gerade junge und industriefremde Arbeiter waren nicht bereit, sich in die überkommene betriebliche Ordnung einzufügen, was sie als „frech und sehr oft arrogant“ erscheinen ließ.¹⁷ Autoritäre Umgangsformen im Betrieb, die „aus dem 1000-jährigen Reich noch sehr bekannt sind“, wollte man sich – so ein 1952 in einem Duisburger Stahlwerk verteiltes Flugblatt – nicht mehr gefallen lassen.¹⁸ Betriebliche Arbeiterkomitees, die nach 1945 überall entstanden, fanden in diesen Stimmungen eine wichtige Grundlage ihrer Tätigkeit.¹⁹

In der Arbeitergeschichtsschreibung ist die politisch uneindeutige Erwartungshaltung in den Betrieben bisweilen als Beleg für ein emanzipatorisch-sozialistisches Bewusstsein der Arbeiterschaft interpretiert worden.²⁰ Doch die Hoffnungen vieler Arbeiter auf eine durchgreifende Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung dürfen nicht mit sozialistischen Überzeugungen verwechselt werden. Den Gewerkschaftsführern war dies von Anfang an schmerzlich bewusst. Der Krieg, so stellte ein Duisburger Funktionär im Herbst 1945 desillusioniert fest, habe nicht nur materielle Verwüstungen, sondern auch „Schutt in den Köpfen“ hinterlassen. Weite Teile der Arbeiterschaft seien „von nationalsozialistischen Ideen und auch Geldern bestochen“ worden.²¹ Die Gewerkschaftsführer hegten große Zweifel hinsichtlich der demokratischen Zuverlässigkeit der Industriearbeiter. Die Unterstützung Hitlers durch die Mehrheit der Arbeiter nach 1933 bildete für viele Funktionäre eine traumatische Erfahrung, die auch in den 1950er-Jahren noch sehr präsent war.²²

¹⁷ G. Dahm an Public Safety Officer Recklinghausen, 13.2.1946, PRO, FO 1013/665; Protokoll der Jugendkonferenz aller Betriebsjugendleiter des Bezirks V, 10.1.1947, Archiv der IG Bergbau und Energie im Archiv für soziale Bewegungen, Bochum (IGBE-Archiv), J 2.

¹⁸ Flugblatt: „Ungeheuerlicher Willkürakt der Direktion der Eisenwerke!“, o.D. (Dezember 1952), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin (SAPMO/BA), BY 1/313.

¹⁹ Vgl. als Fallstudie Martin Rütter, *Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952*, Bonn 1991.

²⁰ Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1970; Ute Schmidt/Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–1948*, Berlin 1971.

²¹ Referat Eberhard Brünen, 27.10.1945, HStAD, RW 164/512.

²² Müller-Jentsch, *Co-determination* (Anm. 10), S. 40; Köcher, „Aus der Vergangenheit lernen“ (Anm. 13), S. 9f.

In politischer Hinsicht war die postfaschistische Arbeiterschaft weit weniger festgelegt als zumeist angenommen wird. Zwar konnten die neuen Einheitsgewerkschaften große Teile der Industriearbeiterschaft formal schnell an sich binden, doch waren organisations skeptische und führungskritische Haltungen in der Mitgliedschaft weit verbreitet.²³ Die Erfahrungen mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) als staatlicher Zwangsgewerkschaft spielten hierfür eine wichtige Rolle. Noch Mitte der 1950er-Jahre stießen Industriosozologen unter Arbeitern im Ruhrgebiet auf deutliche Vorbehalte gegenüber dem DGB.²⁴ Auch der neue bundesdeutsche Staat wurde keineswegs stürmisch begrüßt. Gewerkschaftsführer beklagten im Gegenteil ein fehlendes demokratisches Verständnis in ihrer Mitgliedschaft. Die sozialdemokratische Essener Betriebszeitung „Der Ruf“ warnte im Juni 1951 die Bundesregierung, dass die Industriearbeiter „noch zu wenig von der westlichen Demokratie durchdrungen [sind], als daß sie auf die Entscheidung mit dem Stimmzettel warten können. Sie erwarten von der politischen Kraft, der sie vertrauen, ein sofortiges Eingreifen.“²⁵ Wie prekär der Einfluss der Gewerkschaftsleitungen auf ihre Mitgliederbasis lange Jahre war, zeigte sich in Krisensituationen. Die Leitungen konnten die Hungerproteste in der Britischen Zone 1947/48 nur mit äußerster Mühe gewerkschaftlich einbinden, und Konflikten zwischen politischen Arbeitergruppen in den Betrieben mussten sie oft ohnmächtig zusehen.²⁶ Gewerkschaftliches Handeln zielte folgerichtig in erster Linie darauf, radikalen Forderungen die Spitze zu nehmen, Arbeitsniederlegungen zu verhindern und auf diese Weise zumindest in formaler Hinsicht den Einfluss der Verbandsleitungen auf die Arbeiterschaft zu wahren. Angesichts ihrer unsicheren Stellung erschien den Gewerkschaftsvorständen eine Politik kompromissbereiter Verhandlungen auf höchster Ebene sinnvoller als die Entfaltung von Massenprotesten.

²³ Vgl. Organisationsbericht der IG-Metall-Verwaltungsstelle Duisburg, September 1949, Archiv der IG Metall im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (IGM-Archiv), 1-3/4.

²⁴ Heinrich Popitz/Hans Paul Bahrtdt, *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Tübingen 1957, S. 147f.; Carl Jantke, *Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachtanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute*, Tübingen 1953, S. 151-159.

²⁵ *Der Ruf*, Juni 1951, HStAD, RW 164/669.

²⁶ Den Gewerkschaftsführungen gelang es beispielsweise zunächst nicht, ein einheitliches Wahlsystem für die Betriebsräte wahlen auf der Betriebsebene durchzusetzen und „politische“ Wahlen zu vermeiden: Jungmann, Essen an August Schmidt, 4.9.1947, IGBE-Archiv, BR 11. Zu den Hungerprotesten vgl. etwa Notes on a meeting held in the Regional Commissioner's office, Düsseldorf, 22.5.1947, PRO, FO 1013/1678.

3. Kommunisten und betriebliche Öffentlichkeit

Es waren kommunistische Betriebsgruppen, die sich in besonderer Weise als Wortführer eines großen Teils der postfaschistischen Arbeiterschaft etablieren konnten. Ein erstes Indiz hierfür stellt der ebenso rasante wie überraschende Mitgliederzuwachs der KPD in den ersten Nachkriegsjahren dar. Obwohl die Nationalsozialisten die kommunistische Bewegung isoliert und fast vollständig zerstört hatten, übertraf die KPD rasch ihre Mitgliederhöchststände der Zwischenkriegszeit. Im Frühjahr 1947 besaßen mehr als 300.000 Menschen in den westlichen Besatzungszonen ein kommunistisches Parteibuch. Während der alte Bezirk Ruhrgebiet-Westfalen 1933 etwa 30.000 Mitglieder gehabt hatte, zählte der räumlich kaum größere Landesverband Nordrhein-Westfalen nun 120.000 Anhänger.²⁷ Dieses Wachstum hatte seinen Ursprung eindeutig in den Betrieben. Dort und in den Gewerkschaften übten die Kommunisten einen weit stärkeren Einfluss aus als vor 1933. In der Metallindustrie, im Bergbau und der Bauindustrie Nordrhein-Westfalens stellte die KPD in den ersten Nachkriegsjahren mehr als ein Drittel aller Betriebsräte und lokalen Gewerkschaftsfunktionäre, kaum weniger als die SPD. Kommunistische Betriebsgruppen zählten häufig über 100 Mitglieder. Die Kommunisten konnten nach 1945 sogar zunächst in Regionen und Branchen Fuß fassen, in denen sie vor 1933 kaum vertreten gewesen waren.²⁸ Die betrieblichen Erfolge sind umso auffälliger, als die KPD bei allgemeinpolitischen Wahlen weit weniger erfolgreich war als in der Zwischenkriegszeit.²⁹

Der betriebliche Zuspruch zur KPD lässt sich nur sehr bedingt durch eine neue Attraktivität kommunistischer Programmatik erklären. Rein politische Mobilisierungsversuche der KPD fanden selbst in der eigenen Mitgliedschaft wenig Resonanz. Vielmehr lag der ausschlaggebende Grund für die erstaunliche Renaissance des Kommunismus in dem Vermögen seiner betrieblichen Basiskader, den Erfahrungen und Interessen wichtiger Gruppen der postfaschistischen Industriearbeiterschaft Ausdruck zu verleihen. Die Kommunisten etablierten sich als Sprachrohr von organisations skeptischen Arbeitergruppen, die eine unmittelbare, vor Konfrontationen nicht zurückschreckende betriebliche Konfliktstrategie befürworteten. Der direktdemokratische Gestus kommunistischer Betriebspolitik war zudem in besonderer Weise an die Struktur

²⁷ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und kleinere Parteien des linken Spektrums, in: Josef Boyer/Till Kössler (Bearb.), *SPD, Die Grünen und kleine Parteien des linken Spektrums 1945–1990. Ein statistisches Handbuch zur Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, Düsseldorf 2005, S. 797 (Tab. I.A.1 Mitglieder insgesamt).

²⁸ Vgl. die Aufstellung in: Major, *Death of the KPD* (Anm. 9), S. 156ff.

²⁹ Immerhin erreichte die KPD in Nordrhein-Westfalen in den Landtagswahlen 1947 14 Prozent der Stimmen; in den Industriestädten des Ruhrgebiets konnte sie zu diesem Zeitpunkt zwischen 20 und 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

der betrieblichen Öffentlichkeit in den Nachkriegsjahren angepasst.³⁰ Den Kommunisten gelang es vielerorts, die Rolle eines basisnahen Gegenspielers der Betriebsleitungen einzunehmen. Ihre zumeist lange Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung, ihr Prestige als frühe Gegner des Nationalsozialismus, schließlich ihr politisch motivierter Einsatzwille prädestinierten sie für betriebliche Führungsrollen. Sie gaben dem Misstrauen vieler Arbeiter gegenüber der alten Gewerkschaftsbürokratie eine Stimme und vertraten gegenüber Vorgesetzten und den Betriebsleitungen eine selbstbewusst-konfrontative Position. Anders als Sozial- und Christdemokraten brauchten sie darüber hinaus aufgrund ihrer geringeren Repräsentation in den Gewerkschaftsführungen und ihrer Opposition gegenüber den Westalliierten weniger Rücksicht auf allgemeinepolitische Belange zu nehmen.

Belegschaftsversammlungen als neue Foren innerbetrieblicher Willensbildung bildeten einen wichtigen Ort kommunistischer Mobilisierung und Politik. In einer Situation der Schwäche sowohl der politisch belasteten Unternehmensleitungen als auch der Gewerkschaftsführungen gewannen die Versammlungen neben den Betriebsräten eine äußerst wichtige Rolle in der Regelung betrieblicher Angelegenheiten. Sie waren ein zentraler Ort, an dem sich die Erwartungen der Arbeiterschaft an die neue betriebliche und gesellschaftspolitische Ordnung artikulierten. Allein im Mai 1948 nahmen in Gelsenkirchen mit 6.000 Arbeitnehmern fast ein Drittel der 20.000 Metallarbeiter an zwölf Betriebsversammlungen teil.³¹ In einigen Betrieben fanden so viele Zusammenkünfte statt, dass die Unternehmensleitungen Anfang der 1950er-Jahre mit Verweis auf den hohen Arbeitsausfall eine deutliche Reduktion forderten.³² Wichtige Fragen wie der Umfang betrieblicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die Entlassung politisch belasteter Betriebsangehöriger, Probleme betrieblicher Sozialpolitik oder Veränderungen der Arbeitsprozesse wurden in den oft turbulenten Belegschaftsversammlungen diskutiert und beschlossen, wobei Parteien und Gewerkschaftsleitungen die Entscheidungen zunächst nur in einem sehr beschränkten Umfang beeinflussen konnten.³³ Während die Ge-

³⁰ Formen unmittelbarer Mobilisierung und Einbindung von Bevölkerungsgruppen bildeten auch in anderen Kontexten ein zentrales Kennzeichen der kommunistischen Politik. Vgl. etwa die aufschlussreiche Gegenüberstellung kommunistischer und sozialistischer Lokalpolitik im Frankreich der 1930er-Jahre: Laura Lee Downs, *Childhood in the promised land. Working-class movements and the colonies de vacances in France, 1880–1960*, Durham 2002.

³¹ Organisationsbericht der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen, Juni 1948, IGM-Archiv, 1-3/11. In den 1950er-Jahren gingen die Teilnehmerzahlen zurück. Zahlreiche Informationen zu den Versammlungen finden sich in: IGM-Archiv, 1-3 (Bezirk Essen).

³² Bericht: Besprechung mit der Kreisleitung Bochum und Betriebsgruppenleitungen, März 1951, SAPMO/BA, BY 1/995.

³³ Vgl. als plastischer Bericht über die Eigendynamik, die Belegschaftsversammlungen innewohnen konnte: Johann Broden, Rheinhausen, an den Vorstand der IG Metall, 26.6.1950, IGM-Archiv, 1-3/233.

werkschaftsleitungen zumeist bemüht waren, die in den Versammlungen behandelten Gegenstände an die ordentlichen Gremien oder Kommissionen zu verweisen, verlangten umgekehrt die Kommunisten regelmäßig die Einberufung von Belegschaftsversammlungen zur Entscheidung von gewerkschaftlichen Streitfragen.

Betriebszeitungen, die oft mit finanzieller Unterstützung der SED hergestellt wurden, bildeten ein weiteres wichtiges Medium der Mobilisierung. In ihnen gingen betrieblicher Protest und kommunistische Programmatik eine spannungsreiche Verbindung ein.³⁴ Die ausgesprochene Popularität vieler Zeitungen beruhte auf ihrer Thematisierung und Anklage betrieblicher Missstände in einer drastischen Sprache. Über ihre politische Propaganda hinaus verkörperten sie sowohl ein Beschwerdeforum als auch ein Stück konkreter Gegenmacht im Arbeitsalltag. So drohte die Betriebszeitung des Essener Hoch-Tief Konzerns „Der Hackenstiel“ im Jahr 1950: „Es gibt schon wieder so ein paar Bauführer bei Hoch-Tief, die Manieren wie bei Adolf dem Verrückten an den Tag legen. Dieses Mal nennt der ‚Hackenstiel‘ noch keinen Namen, aber wenn es nochmal auf irgendeiner Baustelle heißt: ‚Wer an der Mauer aufrecht stehend angetroffen wird, wird entlassen‘, dann wird der ‚Hackenstiel‘ zuschlagen und den Treibern diese Methoden gründlichst abgewöhnen.“³⁵ Die Betriebszeitungen gaben Interessen und Proteststimmungen Ausdruck, die in der auf verantwortliche Mitarbeit ausgerichteten Gewerkschaftspublizistik und -rhetorik wenig Platz fanden.

Insbesondere wehrten sich die Betriebskommunisten gegen tatsächliche oder vermeintliche Eingriffe in die Autonomie der Arbeitssphäre. Leistungskontrollen und auch die Einführung von Prämiensystemen zur Leistungssteigerung wurden abgelehnt. In ihrer scharfen Agitation gegen das so genannte „Punkteabkommen“ im Bergbau Ende 1946, das eine Zusatzversorgung für Bergarbeiter bei Ableistung von Sonderschichten vorsah, erfuhren die Betriebskommunisten beispielsweise viel Rückhalt in der Arbeiterschaft. Die Mehrarbeit weckte unangenehme Erinnerungen an die Kampagnen zur Leistungssteigerung im Krieg.³⁶ Nach Kriegsende bildete sich somit eine informel-

³⁴ Zur Hochzeit Mitte der 1950er-Jahre existierten im Bundesgebiet etwa 500 bis 600 kommunistische Betriebszeitungen, davon die Hälfte in Nordrhein-Westfalen. Ihre Gesamtauflage betrug zwischen einer und zwei Millionen Exemplaren. Vgl. Referat 5 (Dr. Bachmann) an den Bundeskanzler, 1.2.1956, Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 136/3788.

³⁵ *Der Hackenstiel*, o.D. (1950), Archiv Ernst-Schmidt, Essen, 1950-8.

³⁶ Bericht über die am 13.11.1946 im Parkhaus Bochum stattgefundene Delegiertenkonferenz des Ruhrgebiets, IGBE-Archiv, Div. 12. Im Hintergrund stand anscheinend eine Orientierung an traditionellen Formen betrieblicher Aushandlungen, in denen Arbeitsleistung und Entlohnung in arbeitsgruppenbezogenen Verhandlungen zwischen Arbeitern und Meistern verhandelt worden waren. Siehe Werner Plumpe, Tarifsystem und innerbetriebliche Konflikte in der Weimarer Republik, in: Karl Christian Führer (Hg.), *Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel*, Bonn 2004, S. 26-63, hier S. 62.

le Koalition zwischen den überlebenden kommunistischen Basiskadern und Teilen einer weiteren, politisch wenig gebundenen Arbeiterschaft heraus – eine Koalition, die von den großen parteipolitischen Kontroversen der Nachkriegsjahre zunächst nur wenig berührt wurde.

Es ist nicht ganz einfach, die Rolle der Kommunisten in den zahlreichen Arbeitskonflikten der ersten Nachkriegsjahre zu bestimmen. Die Öffentlichkeit führte betriebliche Unruhen regelmäßig auf kommunistische Agitationen zurück.³⁷ Dies ist insoweit richtig, als Kommunisten zu den entschiedenen Vertretern direkter Betriebsaktionen gehörten. Allerdings waren sie keineswegs immer die Urheber von Arbeitsniederlegungen und müssen als Teil einer breiteren Strömung betrieblicher Proteste gesehen werden. Spontane betriebszentrierte Protestformen in der Tradition der Kriegsjahre gingen fließend in bewusste politische Auseinandersetzungen über.³⁸

Der Streit um die Einführung von Betriebsvereinbarungen 1946/47 verdeutlicht die Differenzen zwischen den Gewerkschaftsführungen und den heterogenen betrieblichen Bewegungen. Das Kontrollratsgesetz 22 hatte Belegschaften die Möglichkeit eröffnet, in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber zu Betriebsvereinbarungen zu gelangen, welche die Rechte der Arbeitnehmer im Unternehmen festlegten. Der Umfang der durch Betriebsvereinbarungen zu regelnden Sachverhalte war angesichts uneindeutiger Bestimmungen jedoch höchst umstritten. Entgegen den Plänen der britischen Besatzungsmacht nahmen viele Betriebsvertretungen das Gesetz zum Anlass, sich sehr weitreichende unternehmerische Mitwirkungsrechte bestätigen zu lassen.³⁹ Die Auseinandersetzungen erzeugten eine breite Mobilisierungswelle in den Betrieben, in deren Verlauf es zu zahlreichen Streiks kam.⁴⁰ Die Gewerkschafter standen zwar den betrieblichen Forderungen in den meisten Fällen keineswegs ablehnend gegenüber, beharrten aber auf regulären überbetrieblichen Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite und lehnten insbesondere Streiks ohne gewerkschaftliche Zustimmung strikt ab.⁴¹ Ein direktdemokratisches Modell, das die Betriebe als eigenständigen, autonomen Handlungsraum betrachtete, und ein gewerkschaftliches Modell institutionalisierter Konfliktbewältigung durch Verbandepolitik standen sich gegenüber. Letztendlich gelang es Besatzungs-

³⁷ HQ Military Government Münster an HQ Military Government NRW, 17.7.1947, PRO, FO 1013/247.

³⁸ Kommunistische Betriebsgruppen wurden häufig selbst von „wildem“ Arbeitsniederlegungen überrascht: Instruktorsbericht, 26.4.1951, SAPMO/BA, BY 1/995. Die Verbindung von „wildem“ Protesten und kommunistischer Agitation war keineswegs nur auf das Ruhrgebiet beschränkt. Vgl. Peters, *Mannheim* (Anm. 12), S. 223-229.

³⁹ Vgl. Rhinwest an Bercomb, Telegramm, o.D. (Frühjahr 1947), PRO, FO 1013/48.

⁴⁰ OV Essen an IV Metall, 24.9.1946, IGM-Archiv, 1-3/20.

⁴¹ Vgl. als Fallbeispiel Schriftwechsel zwischen Betriebsrat Fa. Helmut Stratenmann & Co., Dortmund, Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Hauptvorstand der IG Metall im Dezember 1947, in: IGM-Archiv, 1-3/17.

macht, Industrie und Gewerkschaften im Ruhrgebiet erst durch die Einführung der Montanmitbestimmung, die betriebliche Mobilisierung in institutionalisierte Bahnen zu lenken.⁴²

Die dargestellten Konflikte lassen sich jedoch nicht auf den einfachen Gegensatz von Gewerkschaftsführungen, Sozial- und Christdemokratie auf der einen Seite, Kommunisten und radikalen Betriebsarbeitern auf der anderen Seite reduzieren. Die Frontstellungen waren in der Anfangszeit oft uneindeutig und verliefen quer zu den politischen Scheidelinien. Die KPD, der hier die Aufmerksamkeit gilt, unterstützte nicht geschlossen eine konfrontative Betriebspolitik, sondern war im Gegenteil in der Frage der angemessenen gewerkschaftspolitischen Strategie tief gespalten. Die kommunistische Bewegung entsprach nach 1945 weniger denn je dem Modell einer verschworenen totalitären Kaderngemeinschaft, das die Kommunisten und ihre Gegner in der Öffentlichkeit zeichneten.⁴³ Vielmehr existierten in der Partei neben betriebsradikalen Kräften auch starke Strömungen, die für eine konstruktive Mitarbeit in den neuen Einheitsgewerkschaften eintraten. Insbesondere diejenigen Kommunisten, die gewerkschaftliche Funktionen bekleideten, waren aus organisationspolitischen Interessen an einer Stärkung der Einheitsgewerkschaften interessiert.⁴⁴ Der Kooperationskurs wurde anfangs von der Parteizentrale in Ost-Berlin aktiv gefördert, die eine Politik der nationalen Verständigung und Kooperation verfolgte. Entsprechend intensiv versuchte sie, ihre Mitglieder in den Betrieben auf einen Kurs der Zusammenarbeit festzulegen – wobei sie wie selbstverständlich davon ausging, die neuen Einheitsverbände bald politisch dominieren zu können.⁴⁵

Die „nationale“ Bündnispolitik der Parteiführungen rief jedoch an der kommunistischen Basis heftige Opposition hervor, da sie in deutlichem Widerspruch zu den sozialrevolutionären Zielen der Zwischenkriegszeit stand. Zwar willigten die meisten Aktivisten schließlich in den Aufbau von Einheitsgewerkschaften ein, doch sahen sie ihre Tätigkeit als rein taktisch motivierte Fortsetzung kommunistischer Einheitsfrontinitiativen aus der Vorkriegszeit. Die neuen Verbände sollten in ihren Augen dazu dienen, die Macht der alten sozialdemokratischen Weimarer Gewerkschafter zu brechen und einen personellen Neuanfang durchzusetzen. Nur vor dem Hintergrund dieses spezifischen, gegen die Gewerkschaftshierarchie gerichteten Einheitsverständnisses

⁴² Plumpe, *Industrielle Beziehungen* (Anm. 2), S. 407.

⁴³ Vgl. Till Kössler, *Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945–1960*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2004, S. 131–155.

⁴⁴ Vgl. etwa die Äußerungen kommunistischer Gewerkschafter in: Notizen über die Sitzung des Hauptvorstandes, 24.6.1950, IGBE-Archiv, Vorstand 1.

⁴⁵ Zu den politischen Hintergründen dieser Umorientierung ist immer noch grundlegend: Arnold Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946*, Düsseldorf 1971.

wird die Aussage eines kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden verständlich, in seinem Betrieb sei „ein starker Wille zur Einheit vorhanden [...], der sich aber nicht durchsetzen kann, da [...] die Bezirksausschüsse überwiegend mit Sozialdemokraten und Christen besetzt sind“.⁴⁶

Die Gegensätze zwischen Betriebsradikalismus und Gewerkschaftsprinzip, gewerkschaftsloyalen und betriebsorientierten Kommunisten sowie zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen existierten in den chaotischen ersten Nachkriegsjahren in einem fragilen Mit- und Nebeneinander. Eine einheitliche Gewerkschaftsarbeit und eine gewerkschaftliche Einbindung der Betriebsebene war angesichts der vielfältigen Spannungen und Gegensätze in dieser Situation äußerst schwierig. Unter dem Mantel der Einheitsorganisationen bestanden vielmehr bis Anfang der 1950er-Jahre parteipolitische Netzwerke fort, die die Form von informellen Sondergewerkschaften annahmen. Kommunistische Betriebsräte im Ruhrgebiet korrespondierten ausschließlich mit „ihren“ Vertretern in den Gewerkschaftsleitungen, und sozialdemokratische Ortskomitees ignorierten kommunistisch dominierte Bezirksleitungen.⁴⁷ Die von der Einheitsrhetorik nur mühsam verdeckten gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen weisen auf die Schwierigkeiten der Etablierung einer neuen tragfähigen Ordnung gewerkschaftspolitischen Handelns und, allgemeiner, der gewerkschaftlichen Integration der Industriearbeiterschaft nach Krieg und Nationalsozialismus hin.

4. Kalter Krieg in den Betrieben

Mit der langsamen Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Westdeutschland wuchs der Druck, die Konflikte auf der Betriebsebene, in den Gewerkschaften, aber auch in der kommunistischen Bewegung aufzulösen. Dieser Druck existierte unabhängig von der übergreifenden weltpolitischen Polarisierung im Kalten Krieg, wurde durch diese aber deutlich verstärkt. Seit Ende der 1940er-Jahre gerieten die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen immer mehr in den Strudel der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung. Die SED startete im Herbst 1949 eine propagandistische Großoffensive, um der Erosion ihres Einflusses im Westen mit einer konzentrierten Mobilisierungskampagne entgegenzuwirken und die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Im Mittelpunkt der Ost-Berliner Werbemaßnahmen standen die westdeutschen Betriebsarbeiter. Ende 1948 wurde ein „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ als Abteilung des FDGB-Bundesvorstandes installiert, und ein Jahr später begann eine großflächige Propa-

⁴⁶ Bericht Fritz Müllerstein, o.D. (Anfang 1946), SAPMO/BA, BY 1/221.

⁴⁷ Vgl. etwa H. Kaim, Beckum, an W. Agatz, 6.12.1947, IGBE-Archiv, Betriebsräte 6.

gandaarbeit in den westdeutschen Gewerkschaften und Betrieben. Zur Jahreswende 1949/50 erreichte auch der rasante personelle Ausbau des FDGB-Westapparats einen ersten Höhepunkt.⁴⁸ Ostdeutsche Stellen sandten tonnenweise Flugblätter und Broschüren zur Verteilung in westdeutschen Betrieben, propagierten deutsch-deutsche Betriebspartnerschaften, organisierten Auftritte von Kulturgruppen aus der DDR in westdeutschen Industriestädten und luden interessierte Arbeiter zu Besuchsreisen in die DDR ein.⁴⁹

Die kommunistischen Betriebsgruppen wurden eng in die neue Politik eingebunden. Die SED gab ihren gewerkschaftlichen Kooperationskurs auf und ordnete die westdeutsche Betriebsarbeit vollständig ihren außenpolitischen Interessen unter. Jegliche Unzufriedenheit über betriebliche Missstände sollte nach den Vorgaben der SED mit den deutschlandpolitischen Kampagnen der DDR in Verbindung gebracht werden.⁵⁰ In welchem Maße kommunistische Betriebspolitik seit dem Frühjahr 1950 als Werbung für die DDR konzipiert wurde, zeigt das Beispiel des Hüttenwerks Hagen-Haspe, einer Hochburg der KPD. Der kommunistisch dominierte Betriebsrat verabschiedete in den ersten Monaten des Jahres 1950 nicht nur wiederholt Resolutionen zur Deutschlandpolitik und sandte Protestschreiben an die Bundesregierung, sondern führte im Werk gegen den Widerstand von Unternehmensleitung und Gewerkschaft auch eine Unterschriftensammlung gegen die Wiederbewaffnung durch und förderte nach dem Vorbild der DDR die Gründung betrieblicher Friedenskomitees mit Untergliederungen in den einzelnen Werksteilen. Zudem veranstaltete die Betriebsvertretung eine Ausstellung mit Preisträgern eines Foto-Wettbewerbs der DDR auf dem Werksgelände.⁵¹ Zwar verlangte die Partei von ihren Anhängern weiterhin die Propagierung lohn- und sozialpolitischer Forderungen, doch wurden diese meist in deutschlandpolitische Initiativen eingebunden: „Wer für einen höheren Lohn kämpft, kämpft auch für die Erhaltung des Friedens.“⁵²

Gewerkschaftsführungen, SPD, Industrieverbände und die Bundesregierung nahmen die Mobilisierungskampagne der SED zum Anlass, ihrerseits die Werbung in der Arbeiterschaft zu intensivieren. Hier soll nur die Arbeit einer Reihe von antikommunistischen Privatorganisationen erwähnt werden, die mit staatlicher Finanzierung im Sinne der Bundesregierung in den Betrieben aktiv wurden.⁵³ Der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ versuchte durch in-

⁴⁸ Josef Kaiser, „Der politische Gewinn steht in keinem Verhältnis zum Aufwand“. Zur Westarbeit des FDGB im Kalten Krieg, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1996, S. 106-131, hier S. 113.

⁴⁹ Anlage zu Landesamt für Verfassungsschutz, TgB Nr. 4481/55 Vertraulich: Die Einflußnahme der KP auf die Gewerkschaften (Stand: 1. Nov. 1955), DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (DGB-Archiv), 24/1934.

⁵⁰ Vgl. als zeitgenössische Beobachtung: NRW Report, April 1950, PRO, FO 1013/745.

⁵¹ Instruktorsbericht, 28.12.1950 – 17.1.1951, SAPMO/BA, BY 1/995.

⁵² *Der Hüttenmann* (Eisenwerke Mülheim) 1 (1952), Nr. 2, SAPMO/BA, BY 1/313.

formelle Gespräche Betriebsleitungen zu einem härteren Durchgreifen gegenüber Kommunisten zu bewegen. Er gab eigene Betriebszeitungen heraus, die in ihrer Aufmachung die kommunistischen Publikationen nachahmten, und organisierte Schulungen von Betriebsräten, auf denen ein möglichst effektives Vorgehen gegen die KPD besprochen wurde.⁵⁴ Dass kommunistische Betriebsarbeit nach 1950 immer mehr als Teil der Außenpolitik der DDR verstanden wurde, zeigen auch Initiativen auf Seiten der Industrie. Der Bund der Deutschen Industrie und regionale Arbeitgeberverbände gründeten im Mai 1951 in Essen eine „Beratungsstelle für Betriebsschutz“, die kommunistische Agitation und Betriebsspionage abwehren sollte.⁵⁵

Im Zuge der wechselseitigen Mobilisierung wurden die Industriebetriebe zum Schauplatz einer deutsch-deutschen Werbeschlacht um die Herzen der Industriearbeiter. Jegliche betrieblichen Proteste konnten dabei schnell mit kommunistischer Agitation in Verbindung gebracht werden.⁵⁶ Nachdem die KPD bis Ende 1951 ihre parlamentarischen und gewerkschaftlichen Positionen weitgehend verloren hatte und zudem seit Mitte 1950 massiv aus der bundesdeutschen Öffentlichkeit verdrängt wurde, bildeten die Betriebe tatsächlich das letzte verbliebene Handlungs- und Mobilisierungsfeld der Kommunisten. Betriebsversammlungen gerade in den Großbetrieben nahmen in dieser Zeit oft den Charakter politischer Kundgebungen an, in denen beide Seiten versuchten, jenseits betrieblicher Probleme für ihre grundlegenden gesellschaftspolitischen Positionen Mehrheiten zu finden, oft durch den Einsatz auswärtiger Redner und Störer.⁵⁷ Kommunistische Aktivisten versuchten, die häufig tumultartig verlaufenden Versammlungen durch die Debatte von Resolutionen zur Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung zu Ausgangspunkten weitreichender Mobilisierungskampagnen zu machen. Die Gewerkschaftsführungen bemühten sich dagegen intensiv, die Diskussionen in den Betriebsversammlungen auf innerbetriebliche Angelegenheiten zu begrenzen.⁵⁸

⁵³ VFF Nordrhein-Westfalen, An unsere Mitarbeiter und Freunde, Gelsenkirchen, 10.9.1951, BAK, B 136/1765. Vgl. allgemein Mathias Friedel, *Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus*, St. Augustin 2001; Bernard Ludwig, *La Propaganda Anticomuniste en Allemagne Fédérale. Le „VFF“, Pendant Allemand de „Paix et Liberté“?*, in: *Vingtième Siècle* 80 (2003), S. 33–42.

⁵⁴ Zur Betriebsarbeit des VFF siehe etwa Volksbund für Frieden und Freiheit an Bundeskanzleramt, 28.3.1955, Betriebsratswahlen, BAK, B 136/1739.

⁵⁵ Bericht: Schutzorganisation der deutschen Industrie, Dortmund, 22.6.1951, IGM-Archiv, 1-3/110.

⁵⁶ Vgl. Niederschrift über eine Besprechung des erweiterten Vorstandes der IG Bergbau, 8.3.1950, IGBE-Archiv, V 4.

⁵⁷ Effmann, Geschäftsstelle Hamborn, an Volkmann, Bezirksleitung der IG Metall, 13.10.1950, IGM-Archiv, 1-3/211.

⁵⁸ Karl Zink, Instruktorsbericht über die Zeit vom 17. bis 21.10.1951, SAPMO/BA, BY 1/995. Vgl. zu ähnlichen Konflikten Peters, *Mannheim* (Anm. 12), S. 227–232.

Welche Dimensionen die deutschlandpolitische Aufladung betrieblicher Auseinandersetzungen in Einzelfällen annehmen konnte, zeigen die Konflikte in der Dortmunder Westfalenhütte in den Jahren 1954 und 1955. Hier hatte eine rege kommunistische Betriebsgruppe seit Anfang der 1950er-Jahre mit zunehmendem Erfolg gegen die sozialdemokratische Betriebsvertretung agitiert, deren Diffamierung als „Bonzen“ der Wahrnehmung vieler Neuarbeiter entsprach, die mit der Arbeitsorganisation im Werk unzufrieden waren und den kooperativen Kurs des Betriebsrats ablehnten. Spätestens mit dem spektakulären Erfolg der Kommunisten bei den Betriebsratswahlen 1955, in denen sie eine deutliche Mehrheit in der Betriebsvertretung eroberten, wurden die innerbetrieblichen Konflikte jedoch zu einer deutschlandpolitischen Angelegenheit ersten Ranges, die Bundes- und Landesregierung ebenso beschäftigte wie die höchsten staatlichen Instanzen der DDR. Presse und Rundfunk der DDR hatten schon während des Wahlkampfes ausführlich über die Hütte berichtet und für die kommunistischen Kandidaten geworben. Nach dem Erfolg lud die Ost-Berliner Regierung die führenden Kommunisten des Betriebes zu einer Werbereise in die DDR ein, deren Höhepunkt ein Empfang bei Otto Grotewohl war. Dieser Besuch rief ein gewaltiges Medienecho und scharfe Kritik im Westen hervor und gab der Unternehmensleitung in Absprache mit der IG Metall Mittel in die Hand, um den kommunistischen Betriebsrat mit Verweis auf dessen Ostkontakte abzusetzen, die führenden Kommunisten zu entlassen und Neuwahlen einzuberufen. Nach einem intensiven Wahlkampf gingen die kommunistischen Stimmenanteile dann deutlich zurück.⁵⁹ Die Vorgänge in der Westfalenhütte waren aufgrund ihrer großen Medienresonanz außergewöhnlich. Sie verdeutlichen aber, wie schnell innerbetriebliche Konflikte eine politische Dimension erhielten und welche Dynamik betriebliche Auseinandersetzungen im Rahmen der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz entfalten konnten.⁶⁰ Auch in Betrieben ohne starke kommunistische Präsenz veränderte der Kalte Krieg die Wahrnehmung der innerbetrieblichen Konflikte.

5. Entradikalisierung der Kommunisten und Niedergang betrieblicher Proteste

Die politische Aufladung betrieblicher Konflikte im Kalten Krieg mündete paradoxerweise mittelfristig in eine Entradikalisierung kommunistischen Handelns und einen deutlichen Rückgang betrieblicher Proteste. Gleichzeitig konnten die Gewerkschaften ihren betrieblichen Einfluss ausbauen. Auch Ar-

⁵⁹ Bericht: Betriebsratswahl Westfalenhütte in kommunistischer Sicht, 19.12.1955, IGM-Archiv, 1-1/1106. Siehe auch Lauschke, *Hoesch-Arbeiter* (Anm. 5), S. 307-319.

⁶⁰ Vgl. zu einem ähnlich spektakulären Fall: Ernst August Jüres/Herbert Kuehl, *Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg. Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955*, Hamburg 1981.

beitergruppen, die bis dahin der bundesdeutschen Ordnung skeptisch gegenübergestanden hatten, akzeptierten allmählich die neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Was waren die Ursachen und Ergebnisse dieser Entwicklung?

Zunächst motivierte die deutsch-deutsche Konkurrenz allgemein Staat, Industrie und Gewerkschaften zu einer Politik der positiven Einbindung der Arbeiter in den bundesdeutschen Staat. Hier sind die schon angesprochenen massiven Bemühungen einer politischen *reeducation* auf Betriebsebene zu nennen, die von den unterschiedlichen Akteuren mit Hilfe von Flugblättern, Vorträgen und Bildungsreisen verfolgt wurden. In diesem Zusammenhang standen auch erste tastende Überlegungen auf Unternehmerseite, die betriebsinterne Kommunikation zu verbessern, um so die Identifikation der Arbeitnehmer mit dem Betrieb zu erhöhen.⁶¹ In kritischer Distanz zu den Initiativen der Unternehmerseite bemühten sich auch die Gewerkschaften durch Schulungsprogramme, Bildungsabende und Werbeaktionen, die Arbeiter für sich zu gewinnen.⁶² Noch wesentlich mehr trug aber der Ausbau sozialpolitischer Leistungen durch Unternehmen und Staat zum Niedergang von Arbeitermilitanz bei. Diese Ausweitung hatte viele Ursachen, doch die Konkurrenz des ostdeutschen Staates bildete eine starke zusätzliche Motivation. Teilweise lassen sich direkte Wechselbeziehungen feststellen. In Reaktion auf ein durchaus erfolgreiches Ferienprogramm der DDR für Arbeiterkinder aus der Bundesrepublik ergriffen beispielsweise auch die bundesdeutschen Behörden die Initiative, um bedürftigen Kindern einen Urlaub außerhalb ihrer Wohnge-meinde zu ermöglichen.⁶³ Generell wurde die sozialpolitische Einbindung durch das Wirtschaftswachstum und die abnehmende Arbeitslosigkeit erleichtert, die wesentlich dazu beitrugen, betriebliche und gewerkschaftliche Konflikte zu entschärfen.

So wichtig der Boom als Rahmenentwicklung war, erklärt er allerdings nur bedingt den Niedergang der kommunistischen Betriebsbewegung und die im westeuropäischen Vergleich bemerkenswerte Entpolitisierung der Betriebs-sphäre.⁶⁴ Um diese Entwicklungen zu verstehen, müssen die konkreten Interaktionen in Betrieben und Gewerkschaften beleuchtet werden. Dabei ist zunächst das Gewerkschaftshandeln herauszustellen. Eine differenzierte Politik von Repression und positiver Einbindung trug wesentlich zum Niedergang des

⁶¹ Ruth Rosenberger, Der schwierige Dialog. Betriebspsychologen und Unternehmenskommunikation in Westdeutschland, in: Moritz Föllmer (Hg.), *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004, S. 175-196.

⁶² Vgl. Materialien zu Filmveranstaltungen der IG Metall, IGM-Archiv, 1-3/116.

⁶³ Bundesamt für Verfassungsschutz, Bericht: Die sowjetzonalen Kinderferienaktion in den Jahren 1954–1956. Zentrale Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“. Stand: Januar 1957, DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/2174.

⁶⁴ Vgl. zu einer gegenläufigen Entwicklung in Italien: Michael Kreile, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in Italien (1962–1982)*, Frankfurt a.M. 1985, bes. S. 27.

betrieblichen Radikalismus bei. Seit dem Frühjahr 1950 gingen die Gewerkschaftsleitungen entschieden gegen kommunistische Aktivisten in ihren Reihen vor. In Zusammenarbeit mit den Unternehmensleitungen förderten die Gewerkschaftsführer zudem die Entlassung von Kommunisten, die gegen die gewerkschaftliche Politik betriebliche Protestbewegungen entfesseln wollten.⁶⁵ In vielen Fällen trafen die Repressionen gerade die dominierenden Persönlichkeiten der Betriebspolitik, die nur schwer von den Betriebsgruppen zu ersetzen waren.⁶⁶

Allerdings dürfen die Gewerkschaftsausschlüsse und Entlassungen nicht isoliert betrachtet werden. Sie waren vielmehr Teil einer differenzierten Personalpolitik und wurden durch die aktive Einbindung derjenigen Kommunisten und Arbeiter begleitet, die bereit waren, ihre kommunistischen Überzeugungen in der Tagespolitik zurückzustellen und sich in die gewerkschaftliche Disziplin einzufügen. Die Gewerkschaften nahmen in den 1950er-Jahren zudem viele Ausschlüsse früherer Jahre zurück und ermöglichten ehemaligen Kommunisten gewerkschaftliche und betriebliche Karrieren.⁶⁷ Zugleich bemühten sich die Gewerkschaften intensiv, durch den Aufbau eines Netzes gewerkschaftlicher Vertrauensleute ihren Zugriff auf die Betriebe abzusichern.⁶⁸

Von besonderer Bedeutung für die Entradikalisierung der Kommunisten und den Niedergang betrieblicher Protestbewegungen waren jedoch auch Widersprüche und Konflikte innerhalb der kommunistischen Bewegung selbst, die eine Eingliederung ihrer Anhängerschaft in die bundesdeutsche Ordnung indirekt erleichterten. Die deutschlandpolitischen Mobilisierungsversuche der SED diskreditierten jegliches eigenständige betriebliche Konfliktverhalten. Außer-gewerkschaftliches Handeln in den Betrieben wurde immer mehr mit kommunistischen Kampagnen identifiziert und als außerhalb der neuen industriellen Ordnung stehend definiert. Es ist bezeichnend, dass selbst kommunistische Funktionäre Angst hatten, kleinere Proteste in den Betrieben den höheren Parteileitungen zu melden, da sie zu Recht eine propagandistische Ausschlichtung der Konflikte durch die SED und damit eine sichere Niederlage fürchteten.⁶⁹

Im Gegensatz zu ihren ursprünglichen Intentionen destabilisierte die SED-Politik das radikale Betriebsmilieu nachhaltig und forcierte damit eine Entpolitisierung der Betriebe. Die Unterordnung der betrieblichen Belange im Wes-

⁶⁵ Vgl. als Beispiel: Vorstand IG Metall an Hans S., Dortmund, 25.9.1951, IGM-Archiv, 1-3/17. Zum allgemeinen Hintergrund: Rainer Kalbitz, Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/Eberhard Schmidt (Hg.), *Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78*, Berlin 1978, S. 159-165.

⁶⁶ Hauptvorstand, Abt. Betriebsräte, Rundschreiben, 8.11.1950, IGBE-Archiv, BR 11.

⁶⁷ Siehe z.B. Protokoll Geschäftsausschusssitzung Essen, 18.2.1953, IGBE-Archiv, 3005.

⁶⁸ Vgl. Süß, *Kumpel und Genossen* (Anm. 5), S. 191ff.

⁶⁹ Bericht: Instrukteurbrigade, 15.6. – 15.7.1955 in Dortmund, o.D. (Juli 1955), SAPMO/BA, BY 1/985.

ten unter die deutschlandpolitischen Ziele der DDR blieb den meisten Betriebsaktivisten unverständlich und rief erbitterten Widerstand der kommunistischen Basis hervor. Die SED-Politik entfremdete nicht nur die große Mehrheit der Arbeiter, sondern auch viele Parteimitglieder von der KPD, die wenig Sympathien für die nationale Rhetorik und Bündnispolitik der DDR hegten und zu den sozialrevolutionären Wurzeln der 1920er-Jahre zurückkehren wollten.⁷⁰ Angesichts des doppelten Zangengriffs aus Bonn und Ost-Berlin machte sich in den kommunistischen Betriebsgruppen ein Zustand der Lähmung breit. Die Betriebsgruppe der Zeche „Grillo und Funke“ zeigte zum Verdross der übergeordneten Parteileitungen „nur noch Interesse am Toto-Spiel und wie sie durch den angesetzten Akkord mehr Geld verdienen können“.⁷¹ Verzweifelte Versuche der KPD, über den Aufbau gegengewerkschaftlicher Strukturen in den Betrieben zwischen 1950 und 1953 doch noch eine großangelegte Mobilisierung der Industriearbeiter in Gang zu setzen, scheiterten schon in der eigenen Mitgliedschaft.⁷² Ein Großteil der Kommunisten zog sich allmählich aus der Politik in das Privatleben zurück.

Die Marginalisierung radikaler betrieblicher Strömungen wurde seit Mitte der 1950er-Jahre durch einen neuerlichen Kurswechsel der SED-Westpolitik unterstützt. Im Rahmen einer Neuorientierung ihrer Außenpolitik beendete die SED ihre gegengewerkschaftlichen Mobilisierungsanstrengungen und bemühte sich stattdessen, unmittelbar mit den westdeutschen Gewerkschaftsleitungen ins Gespräch zu kommen. Eigenständige kommunistische Initiativen im Westen standen einer Annäherung dabei zunehmend im Wege; entsprechend drosselte die DDR ihre Zuschüsse an die Westkommunisten drastisch und missbilligte außergewerkschaftliche Aktionen in den Betrieben. An betrieblichen Unruhen hatten Ende der 1950er-Jahre weder DGB noch SED ein Interesse.⁷³

Eine entscheidende pazifizierende Wirkung ging schließlich von der betrieblichen Mitbestimmung aus, die den Kommunisten und, allgemeiner, gewerkschaftsfernen Arbeitergruppen basisnahe Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnete. In weiterer Perspektive können die Betriebsratswahlen als Einübung in demokratische Verfahren im Kleinen verstanden werden. Nach einer siegreichen Wahl mussten sich die radikalen Fraktionen mit den Mühen konkreter betrieblicher Interessenvertretung auseinandersetzen und verloren dadurch

⁷⁰ Vgl. z.B. Bericht: Die Parteischulen. System und Charakter der Parteischulen der KPD in Westdeutschland, 4.2.1952, SAPMO/BA, BY 1/570.

⁷¹ Instruktorsbericht Heinz Rosenthal, 22.6.1950, SAPMO/BA, BY 1/989.

⁷² Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, 001671, Betr.: Deutsches Arbeiterkomitee und Aktionseinheit, o.D. (Herbst 1951), HStAD, RW 164/671.

⁷³ Diesen Wandel dokumentiert etwa: Landesamt für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Vertraulich: Die Einflußnahme der KP auf die Gewerkschaften, Stand 1.11.1955, DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, BV, Abt. Org., 24/1934.

oft ihren Rückhalt in den Belegschaften.⁷⁴ Die integrative Wirkung der Mitbestimmung zeigt sich deutlich innerhalb der kommunistischen Betriebsgruppen, wo die Betriebsräte regelmäßig eine weit gemäßigtere Haltung einnahmen als Aktivisten ohne betriebliches Amt. Gerade im langsamen Zerfall der politischen Betriebsgruppen als potenzieller Gegengewichte zu den Betriebsräten wird die allmähliche Einbindung der verschiedenen Arbeitergruppen in eine neue Ordnung der industriellen Beziehungen sichtbar. Die Tätigkeit der Betriebsräte verlor ihre parteipolitischen Konnotationen und die betriebliche Öffentlichkeit ihre Bedeutung als Ort politischer Grundsatzdebatten.⁷⁵

6. Fazit: Deutsch-deutsche Konkurrenz und Formwandel der Gewerkschaftspolitik

Es war vor allem die deutsch-deutsche Systemauseinandersetzung, die der Integration der postfaschistischen Arbeiterschaft in die bundesdeutsche Ordnung ihre im westeuropäischen Vergleich auffallenden Konturen gab und einen Mentalitätswandel der Arbeiterschaft förderte. Angesichts der Existenz eines Konkurrenzmodells in der DDR sahen sich die westdeutschen Institutionen und Kräfte gezwungen, in ein intensives Ringen um die Loyalität der Industriearbeiter einzutreten. Betriebliches Arbeiterhandeln verlor, nachdem es in das Kreuzfeuer deutschlandpolitischer Interessen geraten war, rasch seine Bedeutung, die es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren gehabt hatte.

Die innerdeutschen Konflikte delegitimierten eigenständiges betriebliches Konflikthandeln von gewerkschaftsfernen Arbeitergruppen. Die Politik der SED destabilisierte dabei nicht nur das kommunistische Milieu, sondern übte auch einen enormen Reformdruck auf die gemäßigten Gewerkschaftsführungen aus. Dieser Druck förderte die Annäherung von Gewerkschaften, Industrie und bundesdeutschem Staat; er forcierte eine Hinwendung der Gewerkschaftsleitungen zu neuen, professionalisierten Formen industrieller Interessenvertretung. Die partiellen betrieblichen Mobilisierungserfolge der Kommunisten erneuerten das Misstrauen der Gewerkschaftsführer in die politische Zuverlässigkeit der Arbeiterschaft und bestärkten sie in ihren Bemühungen, industrielle Konfliktaustragung möglichst weitgehend aus dem betrieblichen Alltag herauszuhalten. Ein gutes Beispiel ist die Ausgestaltung der Montanmitbestimmung, die auf Betreiben der Gewerkschaften keine direkte Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat durch die Belegschaften vorsah, sondern die Auswahl Betriebsrat und Branchengewerkschaft überließ.⁷⁶

⁷⁴ Dies belegen viele interne Berichte aus den KPD-Ortsgruppen. Siehe z.B.: Bericht: Einsatz vom 12.9. bis 8.10.1955 in Dortmund, o.D. (Okt. 1955), SAPMO/BA, BY 1/985.

⁷⁵ Eine gute Schilderung dieses Vorgangs findet sich in: Landesamt für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Bericht Wuppertal, 21.2.1964, HStAD, NW 374/26.

Die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit begünstigten diese Strategie der Konfliktlösung am „grünen Tisch“. Einerseits setzte das Wirken insbesondere der britischen Militärverwaltung als „ehrlicher Makler“ zwischen den politischen Parteien sowie zwischen Gewerkschaften und Industrie einen Rahmen für eine Verständigung durch Verhandlungen. Andererseits überlagerten aber auch gemeinsame Interessen von Gewerkschaften und Industrie gegenüber der Besatzungsmacht viele Differenzen zwischen ihnen. Die gemeinsame Abwehr der Herausforderung durch die DDR bildete schließlich eine Grundlage für eine Annäherung zwischen den Akteuren und die Herausbildung einer „wirtschaftlichen Vertrauenskultur“ (Werner Abelshausen), wie sie in anderen westeuropäischen Ländern in dieser Form nicht zu beobachten ist. Ihren Höhepunkt erreichte die Kooperationspolitik im Rahmen der „Strategie des zentral organisierten sozialen Ausgleichs“ in den 1960er-Jahren, in denen jedoch auch Anzeichen einer abnehmenden Integrationskraft der Gewerkschaften sichtbar wurden.⁷⁷ Nun begann der endgültige Abschied vom Modell der Gewerkschaften als Weltanschauungsgruppen, die Führung und Mitglieder in einer lebensweltlichen Solidargemeinschaft eng verbanden und sich deutlich gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen abgrenzten.

Angesichts der Bedeutung der DDR als des negativen Bezugspunkts der westdeutschen „Vertrauenskultur“ erscheint die bundesdeutsche Sozialpartnerschaft im Rückblick als ein Sonderweg unter den Bedingungen der deutschen Teilung. Mit dem Ende der DDR brach eine wichtige Grundlage des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs weg. Zwar ist das traditionelle Verständnis kooperativer Konfliktbewältigung heute keineswegs verschwunden, doch scheint das Modell industrieller Interessenvertretung durch Verbändepolitik an Integrationskraft zu verlieren. Die industriellen Konflikte haben an Schärfe gewonnen, auch dadurch, dass die Legitimation der Gewerkschaften auf der Betriebsebene in neuer Weise in Frage gestellt wird. Wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wird die Integration der Industriearbeiter und vor allem die Einbindung betrieblichen Handelns für die Gewerkschaften zu einem zentralen Problem. Die anhaltenden Debatten um Rolle und Selbstverständnis der Arbeitnehmerorganisationen und Reformen des Tarifwesens lassen sich vor diesem Hintergrund als Versuche verstehen, dem System des industriellen Interessenausgleichs eine neue Grundlage zu geben.

Dr. Till Kössler, Ludwig-Maximilians-Universität München, Historisches Seminar, Geschwister-Scholl-Platz 1, D-80539 München,
E-Mail: till.koessler@lrz.uni-muenchen.de

⁷⁶ Müller-Jentsch, Co-determination (Anm. 10), S. 40f.

⁷⁷ Wolfgang Schröder, Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 492-527, hier S. 525f.